

Antrag: Berg am Laim erklärt den Klimanotstand

Der Bezirksausschuss 14 Berg am Laim

1.) erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Er folgt damit dem Beispiel von zahlreichen Städten und Gemeinden in Deutschland, Europa und der Welt und erklärt sich bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen.

2.) stellt fest, dass die bisherigen Beschlüsse, Maßnahmen und Planungen auf kommunaler, nationaler und internationaler Ebene nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Er ist sich bewusst, dass bei Fortsetzung dieser Entwicklung ein grundsätzlicher und umfassender Klimawandel bevorsteht, der natürliche Ökosysteme genauso wie menschliche Gesellschaften weltweit bedroht und mittel- bis langfristig zerstören wird.

3.) beschließt, - aus Verantwortung für die Menschen in Berg am Laim und in globaler Solidarität -, künftig bei allen seinen Entscheidungen die Auswirkungen auf Umwelt und Klima noch stärker als bisher zu berücksichtigen.

Vorhaben, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken und ökologisch nachhaltig sind, werden dabei bevorzugt. Für Maßnahmen und Projekte, die sich negativ auf Klima und Umwelt auswirken, werden vertretbare Alternativen und Lösungen entwickelt.

4.) tritt in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in Berg am Laim, um zu informieren und das Problembewusstsein vor Ort für die Folgen des Klimawandels einerseits und die Handlungsmöglichkeiten andererseits zu stärken. In geeigneten Formaten sollen gemeinsam Projekte entwickelt werden, die konkret und vor Ort im Stadtteil zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Das Stadtbezirksbudget bietet hierfür neue Möglichkeiten. Der Bezirksausschuss benennt eine beauftragte Person für Klima- und Umweltschutz.

5.) lädt den Stadtrat, die Stadtverwaltung, Bürgerschaft, Unternehmen und Verbände zur Zusammenarbeit ein. Gleichzeitig machen wir insbesondere Land und Bund darauf aufmerksam, dass die derzeitigen nationalen Ziele und Beschlüsse nicht ausreichend sind und dringend an die realen Erfordernisse angepasst werden müssen.

Ein Erreichen der notwendigen Klimaschutzziele allein auf kommunaler Ebene ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht möglich. Hierfür braucht es vielmehr nationale Gesetze und Vorgaben, z.B. für die Bereiche Energieerzeugung, Verkehr und Transport, Wohnungs- und Gebäudebau, Lebensmittelerzeugung u.a.m..